

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Lehrerausbildung

Inklusion

Kommunal-Soli



Liebe Leserinnen und Leser ,

der CDU liegt viel an einer guten Bildung. Nicht nur für unsere Kinder, sondern auch für die, die sie ausbilden. Die CDU-Fraktion möchte gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Grund beschloss die

tungsdienstes wissenschafts- und berufsfeldbezogen zu gewöhnen. Schaut man sich die Ausbildung in den Masterstudiengängen heute an, lässt sich feststellen: Diese gesetzten Ziele hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihrem Konzept auch erreicht.

Das wir diesen richtigen Weg konsequent weitergehen müssen, habe ich in meiner Rede bei der letzten Plenarsitzung noch einmal verdeutlicht.

Recht gibt der CDU zudem, dass im Mai dieses Jahres die lehrerausbildenden Universitäten in Nordrhein-Westfalen beschlossen haben, noch

kumsplätze können alle Beteiligten nur profitieren: Universitäten, Studierende sowie das Land Nordrhein-Westfalen.

Aus diesem Grund habe ich in meinem Redebeitrag im Landtag die Landesregierung dazu aufgefordert, die Initiative eines landesweit einheitlichen Onlineverfahrens zu Praktikumsvergabe zum einen zu begrüßen und sich zum anderen an den Entwicklungs- und Folgekosten des Verfahrens durch entsprechende Prioritätensetzung haushaltsneut-



Von der Uni-Bibliothek ins Klassenzimmer: Die CDU unterstützt das Praxissemester in der Lehrerausbildung. (Bilder: meier-sander/Schütz_pixelio.de)

schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2009 zusammen mit den Universitäten in Nordrhein-Westfalen ein Rahmenkonzept für ein Praxissemester in lehramtsbezogenen Masterstudiengängen. Das Ziel war es: 1. Theorie und Praxis professionell miteinander zu verbinden und 2. Studierende gezielt und frühzeitig auf die Praxisanforderungen der Schule und des Vorberei-

enger als bisher für eine praxisnahe Lehrerausbildung zusammenzuarbeiten. Ziel der Kooperation soll die Entwicklung eines landesweit einheitlichen Onlineverfahrens sein. Das Verfahren soll die Verteilung der Praktikumsplätze für das Praxissemester in den Masterstudiengängen für das Lehramt noch effizienter unterstützen. Vom neuen Onlineverfahren und der effektiven Verteilung der Prakti-

ral zu beteiligen. Nur so kann die Landesregierung und Wissenschaftsministerin Svenja Schulze Verantwortung für die Lehrerausbildung übernehmen und dieser gerecht werden.

Ihre

Astrid Birkhahn

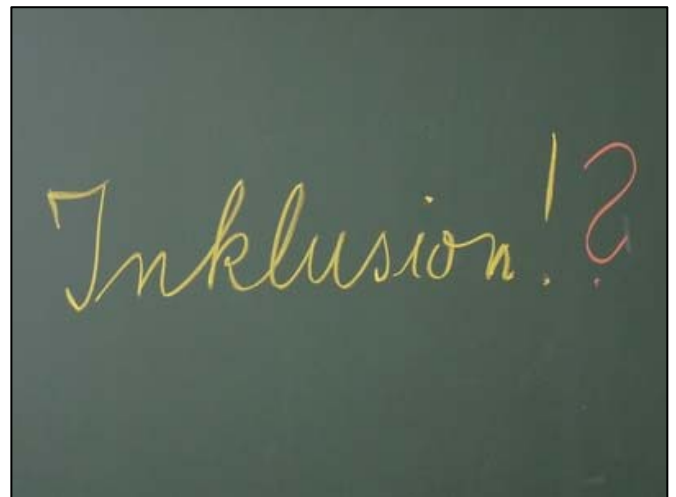
Inklusion: Rot-Grün muss sich zum Konnexitätsprinzip bekennen

Nach Ansicht der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn ist der Gesetzesentwurf zur Inklusion zum Scheitern verurteilt. NRW-Schulministerin Löhrmann hat bis jetzt die Kritik am Gesetz vollständig ignoriert und will mit dem Kopf durch die Wand“, so Birkhahn. Bei der Anhörung im Landtag wurde der Gesetzesentwurf von den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Experten massiv kritisiert. In einer gemeinsamen Erklärung werfen sie der Landesregierung vor, dass der Gesetzesentwurf weder gesetzliche Qualitätsstandards für die Inklusion setze noch eine Zusicherung der erforderlichen Finanzmittel für die bauliche, sächliche und personelle Ausstattung gebe.

„Anstatt an den Äußerungen der Gutachter Kritik zu üben, könnte die Schulministerin lieber verlässliche Qualitätsstandards setzen, um den Kommunen Hilfestellung bei der Inklusion zu geben“, sagte Birkhahn. „Es ist traurig und arrogant, wenn das Gesetz nun ohne jegliche Korrektur durch den Landtag geboxt wird“, so die CDU-Landtagsabgeordnete weiter. Für die CDU ist dagegen klar: Die Landesregierung hat es verpasst ein klares Bekenntnis zur Konnexität abzugeben: „Wer bestellt bezahlt“.

Viele Kommunen haben schon angedeutet, gegen den rot-grünen Gesetzesentwurf zu klagen, da die Landesregierung die Städte und Gemeinden auf den Kosten für den inklusiven Unterricht sitzen lassen will. Birkhahn:

„Die angeblichen Ersparnisse der schulischen Inklusion sind unrealistisch und bleiben hinter den Kosten zurück. Ich werde mich persönlich dafür stark machen, dass die Ausgaben für die schulische Inklusion nicht im Kreis Warendorf liegen bleiben. Die Leidtragenden der rot-grünen Basta-Politik sind vor allem die Schüler, ihre Eltern und das im Stich gelassene Lehrpersonal.“



Die Experten sind sich einig: Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz fährt die Landesregierung das Ziel des gemeinsamen Lernens von behinderten und nicht-behinderten Kindern gegen die Wand. (Bild: Dieter Schütz /pixelio.de)

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Am 25. und 26. September standen die ersten Plenartage nach der Sommerpause im Düsseldorfer Landtag an. Zentrale Themen waren das von der Landesregierung eingebrachte Gesetz zur Stärkung finanziell angeschlagener Kommunen (**Kommunal-Soli**) (siehe Artikel Seite 3) und die Sicherheit in Fußballstadien (siehe Artikel



Seite 4). Weiterhin für reichlich Gesprächsstoff sorgte auch die Einbringung des **Landeshaushalts** ins Plenum. Die Zahlen sprachen dabei eine eindeutige Sprache. Die Verschuldungspolitik der Regierung Kraft geht weiter. Es sollen im kommenden Jahr wieder ca. 2,5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht werden. Auch der **Wortbruch der Landesregierung bei der Dichtheitsprüfung** stand zur Diskussion. Die Dichtheitsprüfung auf Kosten der Bürger stößt seit dem Beschluss im Februar dieses Jahres auf heftigen Widerstand - nicht nur bei FDP und CDU, sondern auch bei über 60 Bürgerinitiativen und Hausbesitzern. Außerdem forderte die CDU-Fraktion, dass der Meisterbrief als bedeutende Berufsqualifikation erhalten bleiben muss. Alle Entscheidungen der Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

Landesregierung plündert kommunale Kassen im Kreis Warendorf

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn aus Everswinkel lehnt die Beschlüsse der Landesregierung zur Einführung des so genannten „Kommunal-Solis“ entschieden ab. „Rot-Grün plündert die kommunalen Kassen im Kreis Warendorf. Demnächst müssen die Städte Oelde und Sendenhorst sowie die Gemeinde Everswinkel insgesamt 1.433.615 Euro zur Finanzierung der Finanzhilfen für verschuldete Kommunen erbringen. Die Landesregierung zwingt uns ein Notopfer auf, das kaum zu verkraften ist und die Finanzsituation hier vor Ort bedroht. Die Solidarität innerhalb der kommunalen Familie wird überstrapaziert“, erklärte Birkhahn. Mit dem Kommunal-Soli würden in ganz NRW gerade diejenigen Kommunen bestraft, die in den vergangenen Jahren nachhaltig gewirtschaftet und enorme Sparanstrengungen unternommen hätten. Astrid Birkhahn: „Die so genannten ‚nachhaltig abundanten‘ Kommunen sollen bis 2020 jedes Jahr rund 182 Millionen für die Finanzierung des Kommunal-Solis zahlen. Das sind insgesamt mehr als 1,2 Milliarden Euro.“ Birkhahn machte klar, dass das Gesetz eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung ist: „SPD und Grüne müssen zur Vernunft kommen und endlich einsehen, dass die Kommunen finanziell nicht in der Lage sind, den Soli zu leisten. Und Kranke werden nicht dadurch gestärkt, dass man die Gesunden auch noch krank macht“.

Europa vor Ort

Das Europäische Parlament soll ein Informationsbüro in Bonn einrichten - das ist der Wunsch der Fraktionen des Landtags NRW. Dies beschlossen alle Fraktionen in der letzten Plenarsitzung in einem gemeinsamen Antrag.

„Das Thema Europa ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger schwer greifbar. Wenn es nicht gerade um einen neuen Rettungsschirm geht, spielen die Entscheidungen in Brüssel meistens nur eine untergeordnete Rolle im Alltag der Menschen. Mit einem Europa-Büro könnte sich dies ändern. Europa ist dann in NRW vor Ort und die Menschen haben einen zentralen Anlaufpunkt für Fragen oder Anregungen“, sagte Birkhahn.

Mit dem Antrag fordert der Landtag die Landesregierung auf, auf allen Ebenen die Einrichtung des Informationsbüros in Bonn zu unterstützen. Außerdem appelliert der Landtag in dem Antrag an die nordrhein-westfälischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, "sich nach Möglichkeit mit einem überparteilichen Schulterschluss für die Einrichtung eines Informationsbüros am Standort Bonn einzusetzen und diesbezügliche Initiativen voll zu unterstützen". Die Informationsbüros haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments zu informieren und ihnen diese näher zu bringen. Die Büros dienen außerdem als Anlaufstelle für einfache Fragen bis hin zu komplexen Recherchen rund um das Europäische Parlament und die EU im Allgemeinen.

Sprachförderung weiter ausbauen

Der Erwerb und der Gebrauch der deutschen Sprache ist die grundlegende Fähigkeit für Kinder und Jugendliche, um am deutschen Bildungssystem erfolgreich teilhaben zu können. Seit 2007 wird daher auf Initiative der damaligen CDU-geführten Landesregierung in NRW flächendeckend der Sprachstand aller Kinder zwei Jahre vor der Einschulung erhoben. Mit den eingeführten Grundsätzen zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen unternahm die CDU erstmals den Versuch, eine systemübergreifende Förderung von Kindern im Elementar- und Primarbereich zu etablieren. „Die CDU hat die gezielte Sprachförderung in NRW geschaffen und etab-

liert. Die Landesregierung muss nun daran anknüpfen und das System auch an weiterführenden Schulen einführen“, sagte Birkhahn. Die CDU-Fraktion hat aus diesem Grund einen Fragenkatalog an die Landesregierung zusammengestellt, um daraus Schlüsse für die weitere Ausrichtung der Sprachförderung in NRW zu ziehen. Unter anderem wollte die CDU-Fraktion wissen: Wie viele Kinder wurden seit Einführung der Sprachstandsfeststellung getestet? Was sind nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen für die festgestellten Sprachdefizite bzw. für die Entwicklung des Sprachförderbedarfs über die letzten Jahre? Welche Sprachfördermaßnahmen werden in den weiterführenden Schulen in NRW zum Einsatz gebracht?

Sicherheit in Fußballstadien weiterhin gewährleistet

Als „völlig unverhältnismäßig“ kritisierte Astrid Birkhahn die Maßnahme eines Polizei-Boykotts für Heimspiele des FC Schalke 04 von NRW-Innenminister Jäger. Zu dieser Reaktion kam die Landesregierung nachdem bei einem Polizeieinsatz auf Schalke am 21. August mehr als 80 Menschen verletzt wurden. Nur 48 Stunden später wurde der Boykott von Jäger wieder zurückgenommen. Die Aktion des Innenministers machte die CDU-Fraktion mit einem Antrag zum Thema in der Plenarwoche des Landtags. Für die CDU-Landtagsfraktion sei es selbstverständlich, dass in einem vollbesetzten Fußballstadion keine rechts-



Streitfall: Die Veltins Arena auf Schalke (Bild: Bredehorn/pixelio.de)

freien Räume geduldet werden dürfen. „Fußballstadien sind keine Lokale, in denen die Polizei erst dann hinzugerufen werden kann, wenn eine Konfrontation eskaliert. Ohne sichtbare Präsenz der Polizei im Stadion und im Stadionumfeld können sich sehr schnell Auseinandersetzungen entwickeln, die private Sicherheitsdienste überfordern“, sagte Birkhahn. Nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion muss die Landesregierung sicherstellen, dass alle Bundesligavereine in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft die gleiche Unterstützung durch die nordrhein-westfälische Polizei erhalten. Die CDU-Fraktion ist offen für Diskussionen über ein Gesamtkonzept zur Optimierung der Sicherheit in Bundesligastadien. Sie fordert in ihrem Antrag deshalb unter anderem, bis zum Ende des Jahres 2013 ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt im Umfeld von Fußballspielen vorzulegen.

Bilanz zum Jugend-Landtag

Frederik Siebert saß bei dem diesjährigen Jugend-Landtag auf dem Platz von Astrid Birkhahn. Nach der Sommerpause trafen sich die beiden, um noch einmal Bilanz über die Arbeit im Landtag zu ziehen. Siebert berichtete von seinen Erlebnissen am parlamentarischen Arbeitsplatz der CDU-Abgeordneten und war begeistert. Die diesjährigen Themen lauteten „Begleitetes Fahren mit 16“ und „Keine Fete an Feiertagen“. Nach Erläuterungen durch die Landtagspräsidentin Carina Gödecke wurden die Jugendlichen den verschiedenen Ausschüssen zugeteilt. Frederik Siebert saß in dem Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr. Zum Thema „Begleitetes Fahren mit 16“ hörte man Experten und besprach anschließend in einer Fraktionssitzung die Vorgehensweise für die Plenarsitzung. Darüber hinaus verfasste Frederik Siebert selbst mit zwei anderen Abgeordneten einen kritischen Eilantrag zum neuen verschärften Nichtraucherschutzgesetz der Rot-Grünen Regierung.



Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de